

EURO-LETTER

Nr. 113

Mai 2004

Dieser Euro-Letter ist im pdf-Format [Englisch] verfügbar: http://www.steff.suite.dk/eurolet/eur_113.pdf

Portugiesische Übersetzungen sind verfügbar unter: <http://www.steff.suite.dk/eurolet.htm>

Deutsche Übersetzungen sind verfügbar unter: <http://www.lglf.de/ilga-europa/euro-letter/index.htm>

Italienische Übersetzungen sind verfügbar unter: <http://www.trab.it/euroletter>

Französische Übersetzungen verfügbar unter: <http://www.france.qrd.org/assocs/ie-paris2005/euroletter/>

Ungarische Übersetzungen sind verfügbar unter: <http://www.hatter.hu/template.php?page=main>

Der Euro-Letter wird im Namen der ILGA-Europa – Der Europäische Regionalverband des Internationalen Lesben- und Schwulenverbands - [The European Region of the International Lesbian and Gay Association] von der internationalen Abteilung des Dänischen Nationalverbands für Schwule und Lesben mit Unterstützung von der Europäischen Gemeinschaft – Die Europäische Union gegen Diskriminierung – veröffentlicht.

Herausgeber/innen: Steffen Jensen, Ken Thomassen, Peter Bryld, Lisbeth Andersen und Soeren Baatrup.

Kontakt zum Euro-Letter: <mailto:steff@inet.uni2.dk>; <http://www.steffenjensen.dk>

Sie können den Euro-Letter [in Englisch] per E-Mail bekommen, wenn Sie eine Mitteilung ohne Text senden an: euroletter-subscribe@yahoogroups.com

und von Nr. 30 an sind die Euro-Letter [auf Englisch] im Internet zugänglich unter:

<http://www.steff.suite.dk/eurolet.htm> und unter:

<http://www.france.qrd.org/assocs/ilga/euroletter.html>

Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen geben nicht unbedingt die Position oder die Meinung der Europäischen Kommission wieder.

Unterlagen über die ILGA-Europa gibt es auf der ILGA-Europa Homepage: <http://www.ilga-europe.org/>

In dieser Ausgabe

- SPANIENS NEUER MINISTERPRÄSIDENT WILL HEIRAT FÜR SCHWULE PAARE LEGALISIEREN
- BRITISCHE SCHWULE ERHALTEN PARTNERRECHTE
- EU SENDET UNKLARE BOTSCHAFT ZU MENSCHENRECHTEN VON LGBT-MENSCHEN
- GESETZENTWURF ZUM VERBOT DER DISKRIMINIERUNG SEXUELLER ORIENTIERUNG IN LETTLAND
- IRISCHES VORGEHEN, UM SCHWULEN PAAREN GLEICHE RECHTE ZU GEBEN
- MOBILISIERUNG VON NGOs GEGEN HOMOSEXUELLENFEINDLICHES VERBRECHEN IN FRANKREICH
- UN-RESOLUTION ERNEUT VERSCHOBEN
- RUSSLAND BELÄSST SCHWULEN SEX STRAFFREI
- PORTUGAL WILL SCHWULE IN DER VERFASSUNG SCHÜTZEN
- HOMOSEXUELLENFEINDLICHKEIT IN POLEN
- BRITANNIEN HARMONISIERT SEXUALSTRAFRECHT
- SPANISCHER KATHOLISCHER KIRCHENFÜHRER BEFÜRWORTET SCHWULE VERBINDUNGEN
- EUROPAPARLAMENTSWAHLEN IM JUNI 2004: RÜSTZEUG FÜR ACT4EUROPE-FRAGEN
- NEUE ILO-VERÖFFENTLICHUNG: "ZEIT FÜR GLEICHBERECHTIGUNG AM ARBEITSPLATZ"
- BERICHT ZUR GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN 2004 – (COM(2004)115)
- RICHTLINIE ZUR FREIZÜGIGKEIT: EUROPAPARLAMENT BILLIGT RATSPOSITION OHNE ÄNDERUNGEN
- EUROPAPARLAMENT BILLIGT RICHTLINIE ZUR GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN
- EUROPÄISCHE KOMMISSION VERÖFFENTLICHT ERSTMALS "EQUAL RIGHTS IN PRACTICE NEWSLETTER"

Quelle: http://www.steff.suite.dk/eurolet/eur_113.pdf * Anmerkungen des Übersetzers in eckigen Klammern *

In Texten verwendete und nicht erläuterte Abkürzungen: LGBT = Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender) EG = Europäische Gemeinschaft(en); EU = Europäische Union; NGO = nichtstaatliche Organisation

SPANIENS NEUER MINISTERPRÄSIDENT WILL HEIRAT FÜR SCHWULE PAARE LEGALISIEREN

Von The Advocate

Spanien will gleichgeschlechtliche Eheschließungen legalisieren und schwulen Paaren gleiche Rechte gewähren, erklärte der designierte Ministerpräsident Jose Luis Rodriguez Zapatero am Donnerstag. Der Schritt wird wahrscheinlich in einem der katholischsten Länder Europas angesichts der Verdammung gleichgeschlechtlicher Verbindungen durch den Vatikan einen Meinungsstreit entfachen: Homosexualität war während der Herrschaft des spanischen Diktators Francisco Franco verboten. Spaniens katholische Bischöfe haben sich bereits in aller Schärfe gegen die Adoption von Kindern durch schwule und lesbische Paare ausgesprochen. "Der Zeitpunkt ist endlich gekommen, ein für allemal die nicht tolerierbare Diskriminierung zu beenden, die viele Spanier/innen wegen ihrer sexuellen Vorlieben erleiden", sagte Zapatero dem Parlament während einer Debatte, die mit einer Abstimmung enden wird, um ihn im Amt zu bestätigen. "Homosexuelle und Transsexuelle verdienen die gleiche öffentliche Berücksichtigung wie Heterosexuelle. Folglich werden wir das Zivilrecht ändern, um ihr gleiches Recht auf Heirat anzuerkennen, mit den entsprechenden Auswirkungen auf Erbschaft, Arbeitsrecht und soziale Sicherheit."

Neun andere Staaten der Europäischen Union haben bereits Einiges an Bestimmungen, um Personen in gelebten gleichgeschlechtlichen Verbindungen rechtlich anzuerkennen. Das Vereinigte Königreich erklärte im vergangenen Monat, es würde schwule Partnerschaften rechtlich anerkennen.

Homosexualität war während der Diktatur Francos von 1939-1975 verboten. In Spaniens liberaler Verfassung von 1978 wurde die Diskriminierung aufgrund der Sexualität verboten, und kurze Zeit später wurde die Homosexualität legalisiert. Zapatero, dessen sozialistische Partei einen Überraschungssieg bei den landesweiten Wahlen im vergangenen Monat einfuhr, nur drei Tage nach Bombenanschlägen auf Vorortzüge, die 191 Menschen das Leben kosteten, hatte die Legalisierung von Partnerschaften für gleichgeschlechtliche Paare zu einem seiner Wahlversprechen gemacht.

BRITISCHE SCHWULE ERHALTEN PARTNERRECHTE

Von Rex Wockner

Schwule Paare in England und Wales werden durch die Eintragung ihrer Beziehung eine lange Liste an ehelichen Rechten erhalten, wenn die Gesetzesvorlage über die eingetragene Partner/innenschaft der

Regierung, die am 31. März vorgelegt wurde, in Kraft tritt.

Rechte und Pflichten von Ehegatten/innen würden in Bereichen wie Einwanderung, Beihilfen, Renten, Erbschaft, Eigentums- und Mietrechten, Besuchen im Krankenhaus und Schadenersatz bei Unfällen erweitert werden.

Einige schwule Aktivisten haben den Gesetzentwurf mit dem Argument verurteilt, dass gleichgeschlechtliche Paare Zugang zur normalen Eheschließung und den damit verbundenen zusätzlichen Rechten haben sollten.

"Lesbische und schwule Paare sind mit zweitklassigen Partnerschaftsrechten abgespeist worden", erklärte die Gay and Lesbian Humanist Association [Lesbischer und schwuler humanistischer Verband].

"Warum müssen schwule Paare im Gegensatz zu allen anderen in einem anderen Personenstandsregister unterschreiben?" fragte GALHA-Sprecher Terry Sanderson. "Warum erfindet die Regierung ein komplett neues System der Eintragung von Partnerschaften, wenn es bereits ein perfekt gutes gibt – genannt Eheschließung? Die Regierung brüstet sich mit ihren Anstrengungen, schwulen Menschen Gleichberechtigung zukommen zu lassen, aber sie hat sich enorm bemüht, zu verhindern, Gleichberechtigung zuzugestehen."

EU SENDET UNKLARE BOTSCHAFT ZU MENSCHENRECHTEN VON LGBT-MENSCHEN

Von ILGA-Europa, 23. April 2004

Das Europäische Parlament bestätigte am 22. April 2004 sein Engagement für Menschenrechte mit der Verabschiedung einer Resolution über Menschenrechte in der Welt. In dem Text wird das Prinzip der Nichtdiskriminierung aufgrund sexueller Orientierung betont und wird unter anderem die Bedeutung des Rechts auf Fortpflanzung klar dargelegt. In ihm werden ausdrücklich die Menschenrechtsverletzungen gegenüber schwulen Männern in Ägypten aufgeführt und der Text ist eine Zustimmung, wenn auch ein etwas vager Beitrag, um die LGBT-Rechte in der Menschenrechtspolitik der EU zu verankern. Er kommt zu einem wichtigen Zeitpunkt, nur Wochen nachdem der Parlamentsbericht über grundlegende Rechte in der EU am 01. April abgelehnt wurde. Der von der Europaabgeordneten Boumediene erstellte Bericht hätte sich für Sexualrechte, einschließlich des Rechts von schwulen und lesbischen Paaren, zu adoptieren und zu heiraten, und für vollständig gleiche Rechte von unverheirateten Partnerschaften auf Freizügigkeit in der EU, egal, ob sie nun heterosexuell oder homosexuell sind, ausgesprochen. Die nachfolgende hitzige

Debatte und letztendliche Ablehnung machen die andauernden unterschiedlichen Haltungen gegenüber LGBT-Rechtsfragen, sogar auf EU-Ebene, deutlich

Das gleiche Phänomen konnte bei der UN-Menschenrechtskommission beobachtet werden. Die brasilianische Resolutionsvorlage zu Menschenrechten und sexueller Orientierung, mit der nur angestrebt wurde, seit langem im internationalen Recht geltende Menschenrechte zu bestätigen, wurde erneut auf die Sitzung im kommenden Jahr vertagt, nachdem eine Reihe von Staaten Widerstand geleistet hatte. Trotz der vom Europäischen Parlament und der EU-Präsidentschaft zum Ausdruck gebrachten Verpflichtung, die brasilianische Resolution zu unterstützen, versäumte es die EU, mit einheitlicher Stimme für den vollen Genuss der Menschenrechte durch alle Menschen und unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung zu sprechen, nachdem Italien sich weigerte, seine Unterstützung zum Ausdruck zu bringen.

"Am Vorabend der Erweiterung ist es unbedingt erforderlich, dass die EU fest zu ihrer Menschenrechtsverpflichtung steht. Sie hat eine lebenswichtige Rolle sowohl auf der staatlichen als auch internationalen Ebene zu spielen", erklärt das Vorstandsmitglied der ILGA-Europa, Philipp Braun. "Wir hoffen, dass das Parlament die Führung übernehmen wird und allen zukünftigen 25 Mitgliedstaaten den Weg zum Erreichen vollständiger rechtlicher und sozialer Gleichstellung ihrer schwulen, lesbischen, bisexuellen und transgender Bürger/innen aufzeigen wird."

GESETZENTWURF ZUM VERBOT DER DISKRIMINIERUNG SEXUELLER ORIENTIERUNG IN LETTLAND

Von Juris Lavrikovs

Am 19. März 2004 legte Herr Nils Muiznieks, Minister mit besonderen Aufgaben für gesellschaftliche Integrationsfragen, dem Kabinett der Minister einen Gesetzentwurf vor, um verschiedene Formen von Diskriminierung, einschließlich der Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung, zu verbieten. Am 25. März 2004 stimmten die Minister den Vorschlägen zu und sie müssen nun vom Parlament verabschiedet werden.

Der Rat der Europäischen Union verabschiedete am 29. Juni 2000 die Richtlinie 2000/43/EG, die Gleichbehandlung unabhängig von der "Rasse" und der ethnischen Herkunft gewährt. Lettland muss diese Richtlinie bis zum 01. Mai 2004 umsetzen, wenn es offiziell EU-Mitgliedstaat wird.

In der lettischen Gesetzgebung gibt es keine Definitionen von Begriffen wie "Diskriminierung", "di-

rekte Diskriminierung", indirekte Diskriminierung"; die Beweislast obliegt nicht dem Beklagten; der Staat hat keine Einrichtung, die für die Umsetzung des Prinzips der Gleichstellung verantwortlich ist; es gibt keine wirksamen Sanktionen für den Verstoß gegen die Grundsätze der Gleichbehandlung.

Das Ziel dieses Gesetzentwurfs ist es, die Voraussetzungen für die Richtlinie zu schaffen und wirksamen Schutz gegen Diskriminierung zur Verfügung zu stellen. Die Institutionen übergreifende Arbeitsgruppe besteht aus Vertretern/innen des Sozialministeriums, des Außenministeriums, des Gesundheitsministeriums, des nationalen Menschenrechtsbüros, des Menschenrechtsinstituts der juristischen Fakultät der Universität von Lettland, des lettischen Zentrums für Menschenrechte und Studien zu ethischen Beziehungen. Als sie diesen Wandel vorschlug, kam sie zu dem Ergebnis, dass es nicht zweckdienlich wäre, nur eine Form von Diskriminierung in den Mittelpunkt zu stellen (Diskriminierung wegen ethnischer Zugehörigkeit) und, dass der Entwurf auch anderen Formen von Diskriminierung abdecken sollte. Anfänglich schlug die Gruppe vor, acht bestehende Gesetze mit Bestimmungen zur Antidiskriminierung zu ändern, aber im allerletzten Augenblick wurde entschieden, ein umfassendes allgemeines Gesetz zur Antidiskriminierung vorzuschlagen.

Der Gesetzentwurf zur Antidiskriminierung enthält Definitionen von Diskriminierung, direkter und indirekter Diskriminierung und Belästigung gemäß den EU-Standards. Das Ziel des Gesetzentwurfs ist es, wirksamen Schutz gegen Diskriminierung gemäß der lettischen Verfassung und den internationalen Rechtsnormen vorzuhalten.

Der Gesetzentwurf gewährt Schutz gegen Diskriminierung in Form von öffentlichem Recht. In dem Entwurf wird der Schutz gegen Diskriminierung in den folgenden Bereichen des Privatrechts vorgeschlagen:

Arbeitsbeziehungen und Beschäftigung, Mitgliedschaft in Gewerkschaften und anderen Berufsverbänden, Ausbildung, soziale Sicherheit und Gesundheitsversorgung, Zugang zu der Öffentlichkeit verfügbaren Waren und Dienstleistungen, einschließlich des Wohnens.

Der Vorschlag sieht vor, dass eine andere Gesetzgebung ebenfalls die Diskriminierung in anderen Bereichen des Privatrechts verbieten kann.

Gemäß des Gesetzentwurfs sollte die Diskriminierung aus folgenden Beweggründen verboten werden:

Geschlecht, Lebensalter, ethnische Zugehörigkeit, Hautfarbe, Nationalität oder ethnische Herkunft, Religion oder Weltanschauung, soziale Herkunft, Ausbildung, sozioökonomischer Status, Beruf,

Gesundheit, sexuelle Orientierung, andere Beweggründe.

Der Gesetzentwurf sieht ein Recht für nichtstaatliche Organisationen, die zum Schutz der Menschenrechte tätig sind, vor, eine Beschwerde im Namen eines Opfers von Diskriminierung zu erheben, vorausgesetzt, diese Person ist damit einverstanden und hat sich nicht selbst beschwert.

Der Gesetzentwurf führt außerdem eine Verpflichtung für öffentliche Behörden ein, die Umsetzung dieses Gesetzes sicher zu stellen. Der Entwurf sieht vor, dass das lettische nationale Menschenrechtsbüro Diskriminierungsopfern unabhängige Hilfe leisten muss, unabhängige Untersuchungen zur Diskriminierung vornimmt und unabhängige Berichte veröffentlicht sowie Vorschläge zur Vorbeugung von Diskriminierung macht.

Zusätzlich legte der Minister gesetzgeberische Änderungen für das bestehende Strafrecht und das Verwaltungsstrafrecht vor. Entsprechend wäre es eine strafbare Handlung, wegen der im Antidiskriminierungsgesetz aufgeführten Beweggründe zu diskriminieren. Die Einzelhandlung der Diskriminierung wird zu einer Verwaltungsstraftat, die mit einer Strafe von 500 lettischen Lats (ungefähr 760 Euros) bestraft wird. Wenn eine solche Diskriminierung mehr als einmal im Jahr stattfindet, wird sie zu einem strafrechtlichen Vergehen, das mit einer Strafe in Höhe von 30 Monatseinkommen des staatlichen Mindestlohns bestraft wird. Wenn eine solche Diskriminierung beträchtlichen Schaden anrichtete oder mit Gewaltanwendung, Erpressung oder Drohung verbunden war oder die diskriminierende Handlung von einer Gruppe von Personen oder verantwortlichen Arbeitnehmern/innen einer Organisation begangen wurde oder die diskriminierende Handlung unter Benutzung eines automatisierten Datenbanksystems vorgenommen worden war, wird sie als strafrechtliches Vergehen betrachtet und mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder Zwangsarbeit oder einer Strafe in Höhe von 50 Monatseinkommen des staatlichen Mindestlohns bestraft.

IRISCHES VORGEHEN, UM SCHWULEN PAAREN GLEICHE RECHTE ZU GEBEN

Von The Observer

<http://observer.guardian.co.uk/international/story/0,69031179668.00.html>

Senator sagt Allparteienunterstützung für Gesetz voraus, ein Jahrzehnt, nachdem die sexuelle Revolution für die Schwulen der Republik begann

Schwuler Sex war noch gerade mal vor einem Jahrzehnt in Irland strafbar. Aber als ein weiterer Meilenstein der sexuellen Revolution wird ein Gesetzentwurf, der ausgelegt ist, schwulen Paaren die

gleichen Rechte im Gesetz wie verheirateten Heterosexuellen zu gewähren, im Dubliner Senat im kommenden Monat eingebracht. Und der Champion schwuler Rechtsvereinigungen erklärt, er glaube, dass alle Parteien im Leinster House dieser Gesetzgebung zustimmen werden.

In seiner letzten größeren politischen Schlacht in einer gut 20-jährigen Karriere in Irlands Oberhaus würde der Gesetzentwurf zur häuslichen Partnerschaft 2004 von Senator David Norris, wenn er gebilligt wird, schwule und lesbische Eheschließungen rechtskräftig legalisieren.

Der schwule Senator betont, dass sein Gesetzentwurf nicht nur auf den Schutz von Rechten der Schwulen und Lesben abzielt, sondern auch auf Heterosexuelle, die zusammen leben aber nicht amtlich verheiratet sind. "In Hinsicht auf finanzielle Vergünstigungen wie Erbrechte sind schwule Männer, Lesben und unverheiratete Paare immer noch Bürger/innen zweiter Klasse in diesem Staat", erklärte Norris.

"Nehmen Sie ein schwules Paar, das während seines gesamten Lebens als Erwachsene zusammen lebt: wenn einer dieser Männer stirbt, hat sein Partner zur Zeit keine gesetzlichen Rechte, die Pension seines langjährigen Freundes zu beerben.

Er fügte hinzu: "Das gleiche ist der Fall bei Hypotheken, bei denen ein Haus dem lebenslangen Partner nicht übergeben werden kann, wenn sein Freund, der die Hypothek innehat, sterben würde. Es ist ein schreckliches Unrecht, das abgeschafft werden muss."

Norris machte deutlich, dass es auch Fälle gegeben hätte, in denen ein Leben lang zusammen lebenden der Zugang zu sterbenden Partnern im Krankenhaus verweigert worden wäre. "Ich hatte mit Fällen zu tun, in denen ein langjähriger Freund seinen Partner besuchen will und die Familie dieses Partners ihn daran gehindert hat, seinen Freund zu sehen," sagte er. "Das ist so, weil sie gesetzlich keine Verwandten sind und sogar angesichts des Todes kein Recht haben."

Norris brachte auch sein Bedauern zum Ausdruck, dass schwule Männer in Irland nicht in der Lage wären, einen Partner aus dem Ausland nach Irland einreisen zu lassen. "Heutzutage sind in Irland schwule Männer aus Südamerika sehr populär."

"Ich kenne viele Männer, deren Partner von diesem Kontinent stammen, aber weil ihre Beziehung rechtlich nicht anerkannt ist, haben sie keine Rechte wie Heterosexuelle sie haben, einen ausländischen Partner legal ins Land zu bringen," fügte er hinzu.

Der unabhängige Senator und Joycean Schüler behauptet, er habe über die Parteigrenzen hinweg Unterstützung für den Gesetzentwurf, der, wenn

erfolgreich, zu amtlichen schwulen Verbindungen in der irischen Republik führen wird.

"Im Jahr 1993 schwul zu sein, war noch strafbar, und so meine ich, dass wir bereits einen sehr langen Weg bei der Liberalisierung Irlands gekommen sind", erklärte er. "Diese letzte Schlacht ist eine schöne Vorgehensweise, um mein politisches Leben mit einer positiven Note zu beenden."

Während sich die katholischen Bischöfe dem Gesetzentwurf wahrscheinlich widersetzen werden, akzeptieren katholische Kommentatoren, dass die Debatte wahrscheinlich weniger aufgeheizt geführt wird, als die Auseinandersetzung über schwule Heirat in den Vereinigten Staaten.

Simon Rowe, der Herausgeber der einflussreichen *Irish Catholic*, erklärt, die schwule Heiratsfrage "wird kein Blitzableiter für katholischen Zorn sein."

Jüngere irische schwule Männer, die in den Genuss noch nie da gewesener Freiheit gekommen sind, sagen weit verbreitete Unterstützung für den Gesetzentwurf voraus. Brian Finnegan, der Herausgeber der *Gay Community News* [Nachrichten der schwulen Gemeinschaft] sagte, "Ich denke, die Mehrheit der irischen Bevölkerung ist gegenüber schwulen Menschen tolerant. Schwule Männer und Lesben sind in der irischen Gesellschaft mehr akzeptiert und offener."

"Die meisten schwulen Männer haben nichts mit Parteipolitik oder Parteiideologie zu tun, aber die Kampagne von Senator Norris ist etwas, zu dem sogar die völlig unpolitischen einen Bezug haben und es unterstützen können. Wenn sein Entwurf Gesetz wird, wird das einen weiteren Sieg für die Bürgerrechte von schwulen Männern und Lesben bedeuten."

Wenn die irische Regierung entscheidet, seinen Gesetzentwurf zu blockieren, verspricht der 60-jährige Senator, seine bevorstehende Pensionierung für ein abschließendes Gefecht aufzukündigen.

"Wenn die Regierung die Gesetzgebung zu Fall bringt, gibt es noch eine Schlacht zu schlagen: Ich werde sie alle vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bringen", erklärte Norris.

MOBILISIERUNG VON NGOS GEGEN HOMOSEXUELLENFEINDLICHES VERBRECHEN IN FRANKREICH

Von Robert Simon

Am 16. Januar 2004 drang eine Personengruppe in einer Kleinstadt im Norden Frankreichs in die Wohnung von Sébastien Nouchet ein, übergoss ihn mit Benzin und zündete ihn an. Sébastien erlitt

schwerste Verbrennungen. Nach zwei Monaten liegt er noch immer im Krankenhaus. Es war nicht das erste Mal, dass Sébastien und sein Partner homosexuellenfeindlicher Gewalt ausgesetzt waren.

Am 13. September 2002 wurde ein junger schwuler Mann in einem Park in Reims (im Osten Frankreichs) ermordet.

Sébastien's Partner und seiner Mutter gelang es, einiges an Unterstützung zu mobilisieren: Der Präsident der französischen Republik, Jacques Chirac, schickte ihnen einen Brief. Der Justizminister lud sie nach Paris ein. Französische LGBT-NGOs organisierten Proteste in Paris und mehreren anderen französischen Städten. Die ILGA-Europa schickte eine Solidaritätsnote. Eine Petition ist unterzeichnet und wird dem Justizminister Anfang April übergeben werden. Was steht in dieser Petition drin?

In der Petition steht, dass LGBT-Menschen wie auch Frauen, Juden/Jüdinnen und Migrantinnen/innen unter Diskriminierung und Gewalt leiden. Rassismus, Sexismus, Homosexuellenfeindlichkeit, Lesbenfeindlichkeit, Transgenderfeindlichkeit sind keine wünschenswerten Einstellungen. Proteste sind nicht genug, um diese Gewalt zu bekämpfen. Wir brauchen politische Maßnahmen: Wir fordern eine wirksame Politik gegen Diskriminierung. Wir wollen:

- ein Gesetz gegen Hassreden
- eine staatliche Stelle gegen Diskriminierung mit ausreichender Kapazität, Opfern zu helfen
- eine Kampagne der Medien gegen Diskriminierung und eine Kampagne in Schulen

UN-RESOLUTION ERNEUT VERSCHOBEN

Von Rex Wockner

Eine umwälzende Resolution zu Schwulenrechten wurde dieses Jahr erneut auf der 60. Sitzung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen am 29. März in Genf zurück gezogen.

Vorgebracht von Brasilien, wird in der Resolution "tiefe Besorgnis über das Auftreten von Menschenrechtsverletzungen in der Welt gegen Menschen aus Gründen ihrer sexuellen Orientierung zum Ausdruck gebracht" und werden "alle Staaten aufgefordert, die Menschenrechte aller Menschen ungeachtet ihrer sexuellen Orientierung zu fördern und zu schützen."

Brasilien entschied, die Entschließung zurück zu ziehen, bevor sie zur Abstimmung gestellt wurde und erklärt, dass moslemische Staaten und der Vatikan genug Einfluss hatten, um sie nieder zu stimmen.

Auf der Sitzung im vergangenen Jahr wurde die Abstimmung wegen des Widerstands von moslemischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten, des Vatikans, Chinas und Indiens um ein Jahr verschoben. Es war erwartet worden, dass sich die Vereinigten Staaten enthalten.

"Millionen von Menschen überall auf der Erde sind Gefängnis, Folter, Gewalt und Diskriminierung wegen ihrer sexuellen Orientierung ausgesetzt," erklärte der Abgeordnete des Europäischen Parlaments Michael Cashman nach dem Rückzieher Brasiliens. "Es ist deprimierend, wenn Religionen erfolgreich sein können, gewöhnlichen Männern und Frauen ihre grundlegenden Menschenrechte zu verweigern. Sowohl der Vatikan als auch die Konferenz der islamischen Staaten sollten beschämt ihre Köpfe senken, weil sie ihre Glaubensbekenntnisse auf die Gosse von Fanatismus und Diskriminierung reduziert haben."

In einer von mehreren schwulen und schwulenfreundlichen nichtstaatlichen Organisationen, die der Sitzung beigewohnt hatten, herausgegebenen Stellungnahme wurde "Enttäuschung" geäußert.

"Überall auf der Welt sind [LGBT-Menschen] täglich ernststen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt," erklärten die Gruppen. "Seit Jahren haben Sonderberichtersteller/innen Fälle von Tod, Elektroschocktherapie, Prügelstrafen, Folter, mehrfachen Vergewaltigungen und anderen ungeheuerlichen Rechtsverletzungen aufgrund sexueller Orientierung und von Geschlechtsidentität aufgezeichnet. Diese Resolution ist dringend erforderlich, um eine klare Botschaft zu senden, dass lesbische, schwule, bisexuelle, transgender und intersexuelle Menschen nicht minderwertiger als Menschen sind und, dass unsere Rechte nicht ungestraft verletzt werden können."

Der Generalsekretär des Internationalen Lesben- und Schwulenverbands (ILGA) äußerte sein Entsetzen über das, was er vatikanische und islamische Druckausübung nannte.

"Diese gewissenlose Allianz des Vatikans und der Organisation der islamischen Konferenz in der UN hat bereits in der Vergangenheit in vielen Staaten Druck fast bis zum Zusammenbruch ausgeübt", erklärte er. "Die zögerliche Unterstützung von einigen der traditionellen Unterstützer/innen von LGBT-Rechten hat außerdem zum Gefühl der Isolierung der brasilianischen Regierung beigetragen."

RUSSLAND BELÄSST SCHWULEN SEX STRAFFREI

Von Rex Wockner

Ein Ausschuss des Unterhauses des russischen Parlaments, der Staatsduma, lehnte am 01. April

eine Gesetzesvorlage ab, schwulen Sex wieder unter Strafe zu stellen.

Russland legalisierte Homosexualität 1992 kurz nach dem Untergang der Sowjetunion.

Gesetzgeber/innen erklärten laut einem Bericht der Nachrichtenagentur Interfax, dass vorgeschlagene Verbot würde gegen die Verfassung verstoßen haben, weil die russische Verfassung die Unverletzlichkeit des Privatlebens sowie privater und familiärer Geheimnisse garantiere.

PORTUGAL WILL SCHWULE IN DER VERFASSUNG SCHÜTZEN

Von Rex Wockner

Die Kommission, die Portugals Verfassung überprüft, billigte am 23. April die Aufnahme eines Verbots der Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung.

"Portugal ist jetzt einer der wenigen Staaten in der Welt, der Nichtdiskriminierung aufgrund sexueller Orientierung ins Grundgesetz der Nation einbezieht", sagte João Paulo, Herausgeber der Website PortugalGay.PT.

Andere Nationen, die Diskriminierung gegenüber Schwulen in ihrer Verfassung verbieten sind Kanada, Ecuador, Südafrika, die Schweiz und möglicherweise Fidschi. Nach letzten Meldungen hat die Regierung Fidschis angekündigt, sie beabsichtige, die Schutzmaßnahmen aufzuheben, weil sie nicht wisse, wie sie an erster Stelle in der Verfassung von 1997 gelangt seien.

HOMOSEXUELLENFEINDLICHKEIT IN POLEN

Von Monica Collins, Agnes Malmgren und Martin Kraft im Namen der KPH Krakow

Die Kampagne gegen Homosexuellenfeindlichkeit in Krakau, Polen, (Kampania Przeciw Homofobii-Krakow, KPH) möchte Sie informieren, dass ein schon früher geplantes Festival, "Kultur für Toleranz", von den polnischen Medien, der Stadt Krakau und der Jagiellonian Universität scharf kritisiert worden ist. Das Festival soll vom 06. bis 09. Mai 2004 stattfinden. Das Festival hat zum Ziel, Einwohnern/innen Krakaus die von der LGBT-Community geschaffene Kunst zu zeigen. Es soll ein Diskussionsforum hinsichtlich der Rolle der LGBT-Community in Polen sein. Wir möchten der polnischen Bevölkerung zeigen, dass die LGBT-Community ein wertvoller und kreativer Teil ihrer Gesellschaft ist. Es wird Kunstausstellungen, Auführungen, Filme, Diskussionen, Lesungen, Parties, Konzerte und eine Demonstration für Homosexuellenrechte geben. Außerdem wird eine Zeremonie in

Auschwitz an der Todesmauer für alle von den Nazis ermordeten Menschen stattfinden. Das ist das erste Festival seiner Art in Krakau, aber nicht zum ersten Mal sind homosexuelle Gruppen in der Geschichte des demokratischen Polens diskriminiert worden.

Angesichts der Tatsache, dass Polen der Europäischen Union am 01. Mai 2004 beitrifft und behauptet, ein demokratischer Staat mit klar in seiner Verfassung verankerten Antidiskriminierungsgesetzen zu sein, sollten EU-Mitgliedstaaten und andere demokratische Länder über das Umgehen mit der KPH empört sein. Die Planung des Festivals läuft seit Anfang Januar. Viele Veranstaltungsorte haben sich als Gastgeber für Festivalveranstaltungen bereit erklärt, aber dann aufgrund politischen Drucks hauptsächlich durch die politische Partei "Die Liga der polnischen Familien" und ihrer aggressiven Jugendorganisation "Die rein polnische Jugend" einen Rückzieher gemacht. KPH bat um eine Genehmigung für Freitag, den 07. Mai, aber ihr wurde mitgeteilt, dass sie sie für den 09. Mai bekommen könnte; der 09. Mai ist ein Feiertag in Polen, der St. Stanislaus Tag.

Am Dienstag, dem 20. April, erschien ein Artikel über das Festival auf der Titelseite des Krakauer Lokalteils der Gazeta Wyborcza, der liberalsten und viel gelesenen Tageszeitung in Polen. In dem Artikel wurde behauptet, dass die polnische Bevölkerung, insbesondere diejenigen, die den St. Stanislaus Tag in der Wawel Kathedrale feiern, wahrscheinlich auf die Demonstration nach der Messe treffen würde und "(...) dann Flugblätter erhalten würden, in denen zur Unterstützung Homosexueller und ihrer Gleichberechtigung in der Gesellschaft aufgerufen würde wie auch Auszüge aus Gesetzestexten, in denen Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung verboten wird (...)" (Gazeta Wyborcza, 20. April 2004). Wir fragen uns, warum wäre es für Menschen schlecht, diese Informationen zu erhalten und warum sollten sie sich empört fühlen?

Nach dem Artikel, in dem stillschweigend davon ausgegangen wurde, dass die Demonstration als eine bewusste Provokation der Feiernden des St. Stanislaus Tages gedacht war, hat sich der Widerstand gegen das Festival verstärkt und ist eine öffentliche Angelegenheit geworden. Außerdem wurden am Dienstag Unterschriften im Stadtzentrum für eine Petition gesammelt, in der gefordert wird, das Festival abzusagen und in der zur Teilnahme am Protest aufgerufen wird, falls die Demonstration stattfindet.

Am Mittwoch wurde der KPH mitgeteilt, dass ihr ein versprochener Veranstaltungsort für eine Diskussion zwischen polnischen und schwedischen Künstlern/innen, die homosexuelle Themen in ihre Arbeit einbeziehen, abgesagt worden sei. Die Gale-

rie Bunkier Sztuki hat die Stadt als Miteigentümer und die Geschäftsführer wurden gestern informiert, dass das Diskussionsthema zu umstritten sei, von den Einwohnern/innen Krakaus nicht erwünscht sei und deshalb dort nicht diskutiert werden könne. Ist das Redefreiheit oder ungesetzliche Zensur?

Vielleicht am schwersten ist sich mit der launischen Unterstützung durch die Jagiellonian Universität für das Festival abzufinden. Die soziologische Fakultät an der ältesten und anerkanntesten Universität in Polen war damit einverstanden, eine der Organisatorinnen des wissenschaftlichen Programms des Festivals zu sein. Drei Veranstaltungen sollten in den Universitätsgebäuden stattfinden. Experten/innen sollten verschiedene LGBT-Fragen aus einer soziologischen Perspektive heraus diskutieren und Studenten/innen sollten Präsentationen zum Geschlecht darbieten. Außerdem war die Senatorin Maria Szyszkowska vorgesehen, einen Vortrag über sexuelle Minderheiten in demokratischen Gesellschaften zu halten. Seit der negativen Publizität durch den Artikel in der Gazeta Wyborcza am Dienstag drohte die Universität, ihre Unterstützung für das Festival aufzukündigen. Außerdem wurden Stimmen für die Entlassung der Direktorin der soziologischen Fakultät laut, die die Vereinbarung zwischen der Universität und KPH unterzeichnet hatte. Glücklicherweise haben sich die Dinge wieder beruhigt. Die Professorin hat ihre Stellung nicht verloren und die Universität wird einige der Veranstaltungen ausrichten. Aber, anstatt im Stadtzentrum abgehalten zu werden, wie das versprochen worden war, werden sie nun in einem entfernten Vorort von Krakau stattfinden. Warum würde sich eine Universität, eine Einrichtung, die als Anwältin für Gedankenfreiheit und Toleranz gegenüber verschiedenen Ideen gilt, selbst erlauben, sich so leicht von Gruppen, die Intoleranz fördern, beeinflussen zu lassen?

Das dramatische an der Situation ist, dass es schwierig ist, Veranstaltungseinrichtungen zu finden, die gewillt sind, die Festival Veranstaltungen auszurichten. Es ist ausgesprochen schwierig, Veranstaltungsorte zu finden, wo sich sowohl homosexuelle als auch heterosexuelle Menschen wohl fühlen. Es ist an der Zeit, Personen außerhalb der LGBT-Community für ihre Handlungen zu kritisieren. Weil es ausgesprochen schwer zu bewältigen ist, die diskriminierende Mehrheit innerhalb des Landes zu kritisieren, wenden wir uns an Sie. Es ist Zeit, Druck auf die polnische Regierung und die polnische Diskriminierung auszuüben.

Wir hoffen ernsthaft, dass die Vorstellungen der Europäischen Union zur Integration nicht bloß leere Worte sind. Polen sollte zu einem Mindeststandard angehalten werden, die Rechte seiner Bürger/innen anzuerkennen. Polens offenkundige Missachtung der Rechte einiger seiner Bürger/innen ist inakzeptabel und sollte nicht unbemerkt bleiben. Wir

schreiben Ihnen in der Hoffnung, dass Sie den Ernst dieser Situation erkennen und etwas darüber in ihrem Land veröffentlichen werden.

BRITANNIEN HARMONISIERT SEXUALSTRAFRECHT

Von Rex Wockner

Britanniens neues Sexualstrafrecht, das am 01. Mai in Kraft getreten ist, behandelt Schwule und Heterosexuelle zum ersten Mal gleich, wenn es um sexuelle Straftaten geht.

Zwei Straftaten, die nur für Männer, die Sex mit Männern haben, zutrafen – widernatürliche Unzucht und grobe Unzüchtigkeit - gibt es nicht länger.

Männer, die sich als Sexualverbrecher wegen sexueller Handlungen mit minderjährigen Männern im Alter von 16 Jahren und älter vor der Angleichung der Mindestschutzalter eintragen mussten, können beantragen, aus dem Verzeichnis gestrichen zu werden.

Gruppensex zwischen Männern ist nicht länger strafbar.

Eine neue Bestimmung stellt schwulen oder heterosexuellen Sex unter Strafe, der in öffentlichen Toiletten vorgenommen wird, aber ist nur eine "Polizeiwidrigkeit". Straffällige müssen sich nicht als Sexualverbrecher eintragen lassen.

"Seit Jahren haben ausgediente in Gesetze gegossene Einstellungen Misstrauen gesät und Generationen schwuler Männer zu Kriminellen abgestempelt", erklärte Innenminister Paul Goggins dem Londoner The Pink Paper. "Die Regierung hat dieser ungerechten Situation ein Ende gemacht."

SPANISCHER KATHOLISCHER KIRCHENFÜHRER BEFÜRWORTET SCHWULE VERBINDUNGEN

Von Rex Wockner

Der apostolische Nuntius (Botschafter) des Vatikans für Spanien, Erzbischof Manuel Monteiro de Castro erklärte am 03. Mai, dass gleichgeschlechtliche Verbindungen anerkannt werden aber gleichgeschlechtliche Eheschließungen weiterhin verboten bleiben sollten.

"Es gibt andere Formen des Zusammenlebens und es ist gut, dass sie anerkannt werden", erklärte er. "Sie sind nicht das gleiche wie die Ehe. Wir werden den Begriff Ehe für das belassen, auf das er sich immer bezogen hat und anderen Vereinbarungen sollten mit andere Namen bezeichnet werden."

Monteiro erklärte außerdem, er unterstütze erweiterte Ehegattenrechte, wie Sozialversicherungszahlungen, für schwule Paare.

Die Stellungnahme widerspricht offiziellen katholischen Positionen.

EUROPAPARLAMENTSWAHLEN IM JUNI 2004: RÜSTZEUG FÜR ACT4EUROPEFRAGEN

Von ILGA-Europa

Act4europa [Setz dich für Europa ein] veröffentlichte ihre dritte NGO-Rüstzeug [Toolkit]: Das Rüstzeug für die Europaparlamentswahlen. Es enthält allgemeine Informationen über die Zusammensetzung und gesetzliche Rolle des Europäischen Parlaments, die Verbindung zur Zivilgesellschaft, Vorschläge für NGO-Kampagnen und die konkreten Forderungen der vier NGO-Bereiche (Umwelt, Soziales, Entwicklung, Menschenrechte). Der zweite Teil ist eine vollständige Kontaktliste Land für Land zu den Parteien, die sich zur Wahl stellen. Letztere wird fortlaufend auf unserer Website auf den neuesten Stand gebracht.

[auf englischer Sprache]

<http://act4europa.horus.be/module/FileLib/EPElectionsPartI-III.pdf>

<http://act4europa.horus.be/module/FileLib/EPElectionsPartIV-Partycontacts.pdf>

NEUE ILO-VERÖFFENTLICHUNG: "ZEIT FÜR GLEICHBERECHTIGUNG AM ARBEITSPLATZ"

Von ILGA-Europa

In der gegenwärtig ausführlichste Studie der ILO [Internationale Arbeitsorganisation (der Vereinten Nationen)] zur Diskriminierung, in diesem aktuellen Bericht wird behauptet, dass die Vorzüge der Abschaffung von Diskriminierung am Arbeitsplatz weit über die Einzelperson hinaus reichen und sich auf die Wirtschaft und die Gesellschaft insgesamt erstrecken. Während die offenkundigsten Formen von Diskriminierung am Arbeitsplatz nachgelassen hätten, enthüllt der Bericht, dass viele Formen als andauernder und täglicher Bestandteil am Arbeitsplatz verblieben seien oder neue, subtilere Formen angenommen hätten, die Grund zu wachsender Befürchtung seien.

In englischer Sprache verfügbar unter:

<http://www.ilo.org/public/english/support/publ/xtextd.htm#b8717>

BERICHT ZUR GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN 2004 – (COM(2004)115)

Von ILGA-Europa

Brüssel, 20 Februar 2004. Die Kommission hat den ersten Jahresbericht über Fortschritte bei der Geschlechtergleichstellung und Orientierungen für die Zukunft, die auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rats 2004 vorgelegt werden sollen, verabschiedet

Laut des neuen Berichts könnte sich der andauernde Mangel an Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in der Europäischen Union auf ihre Lissabonner Zielsetzungen auswirken. Es seien Fortschritte in der EU beim Schließen der Lücke bei der Geschlechtergleichstellung gemacht worden, aber die Fortschritte kämen nur langsam voran. Der Bericht der Europäischen Kommission wird von den Staats- und Regierungschefs der EU auf dem nächsten europäischen Frühjahrsrat am 25. und 26. März überprüft werden. Er zeigt auf, dass beträchtliche Lücken bei der Geschlechtergleichstellung weiterhin besonders auf dem Arbeitsmarkt bestehen. Ein Versagen, dem zu begegnen, könnte den Versuch der EU vereiteln, die beim Lissabonner Rat im Jahr 2000 gesetzten Ziele zu erfüllen, wie eine Beschäftigungsrate von 60% für Frauen bis zum Jahr 2010 in der EU zu erreichen.

Auch in deutscher Sprache abrufbar unter:

http://europa.eu.int/comm/employment_social/news/2004/feb/gmr_com04115_en.html

RICHTLINIE ZUR FREIZÜGIGKEIT: EUROPAPARLAMENT BILLIGT RATSPPOSITION OHNE ÄNDERUNGEN

Von ILGA-Europa (10 März 2004)

Nach der Ausschussentscheidung am 19. Februar 2004, stimmte die Vollversammlung des Europäischen Parlaments am 10. März 2004 für die Ratsposition, ohne irgendwelche Änderungsanträge zu stellen. Die Richtlinie wird am 01 Juli 2005 in Kraft treten. In der ersten Lesung der Richtlinie im Februar 2003 hatte das Parlament einen Entwurf gebilligt, in dem das Recht auf Freizügigkeit für alle Familien tatsächlich anerkannt worden wäre. Der endgültige Text fällt beträchtlich hinter diese anfänglichen Fortschritte zurück. Obgleich symbolisch als erste offizielle Anerkennung des Bestehens von eingetragenen gleichgeschlechtlichen Partnerschaften wichtig, verleiht er LGBT-Menschen und ihren Familien keine wirklich neuen Rechte. Die vorsichtige Haltung des Parlaments gegenüber der Familienvielfalt signalisiert allerdings nicht notwendigerweise eine schwindende Unterstützung für LGBT-Rechte unter den europäischen Parlamentariern/innen. Der Entscheidung liegen pragmatischen

Überlegungen zugrunde: heftiger Widerstand im Rat, der Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten im Mai und die Parlamentswahlen im Juni, das alles hat zu der Einschätzung beigetragen, dass das angesichts des gegenwärtigen politischen Klimas der beste erreichbare Kompromiss war. GUE/NGL [Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke] hatten die Änderungsanträge der ILGA-Europa sowohl im Ausschuss als auch im Plenum vorgelegt, aber konnten keine ausreichende Unterstützung zustande bringen.

EUROPAPARLAMENT BILLIGT RICHTLINIE ZUR GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN

Von ILGA-Europa

Das Europäische Parlament billigte am 06. April 2004 in Straßburg mit 313 Ja-Stimmen, bei 141 Gegenstimmen und 47 Enthaltungen den Bericht der österreichischen sozialdemokratischen Christa Prets zum Vorschlag einer Richtlinie bezüglich der Gleichstellung von Frauen und Männern beim Zugang zu Waren und Dienstleistungen und bei der Versorgung mit Dienstleistungen.

Diese neue Richtlinie, mit der die Diskriminierung im Versicherungswesen und bei der privaten Altersversorgung bekämpft würde, war höchst umstritten. Eine der umstrittenen Fragen ist die Anwendung des Geschlechts als ein Faktor bei der Kalkulation der Höhe der Versicherungsbeiträge. Das Europaparlament legte im Einzelnen fest, dass die Richtlinie weder auf die Ausbildung noch auf den Bereich der Medien oder Werbung, außer auf die Werbung für die Bedingungen, die den Zugang zu Waren und Dienstleistungen und die Versorgung mit Dienstleistungen regeln, angewendet werden könne.

Beitragsunterschiede aufgrund verschiedener Risikoprofile müssen dem Verhalten und der Vorliebe von Einzelpersonen zurechenbar sein, wie zum Beispiel Essensgewohnheiten, Raucher/innenrisiken, Alkoholkonsum, der ausgeübten Berufstätigkeit und so weiter.

EUROPÄISCHE KOMMISSION VERÖFFENTLICHT ERSTMALS "EQUAL RIGHTS IN PRACTICE NEWSLETTER"

[Gleiche Rechte in der Praxis Nachrichtenbrief] auf englischer Sprache verfügbar unter:

http://europa.eu.int/comm/employment_social/fundamental_rights/pdf/pubdocs/newsletter1_04_en.pdf